

**Claudia Bogedan
Till Müller-Schoell
Astrid Ziegler (Hrsg.)**

Demografischer Wandel als Chance



**Erneuerung gesellschaftlicher
Solidaritätsbeziehungen?**

Claudia Bogedan/Till Müller-Schoell/Astrid Ziegler (Hrsg.)
Demografischer Wandel als Chance

**Claudia Bogedan/Till Müller-Schoell/
Astrid Ziegler (Hrsg.)**

**Demografischer Wandel als Chance
Erneuerung gesellschaftlicher
Solidaritätsbeziehungen?**

VSA: Verlag Hamburg

Diese Veröffentlichung erfolgt mit freundlicher Unterstützung
der Hans-Böckler-Stiftung.

www.vsa-verlag.de

© VSA-Verlag 2008, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg
Alle Rechte vorbehalten
Umschlagfoto: dpa
Druck und Buchbindearbeiten: Idee, Satz & Druck, Hamburg
ISBN 978-3-89965-328-1

■ Inhalt

Vorwort der HerausgeberInnen	7
Claudia Bogedan/Till Müller-Schoell/Astrid Ziegler	
Demografischer Wandel als Chance	9
Ernst Kistler	
Was ist dran am demografischen Popanz?	27
Stephan Beetz	
Wie Regionalpolitik den demografischen Wandel meistern kann	43
Josef Hilbert/Elke Dahlbeck/Peter Enste	
Zukunftsmotor Gesundheitswirtschaft – ein Paradigmenwechsel von unten?	62
Karin Scharfenorth	
Wirtschaftsfaktor Alter – von der Last zur Chance	82
Anika Rasner/Carroll Haak	
Demografischer Wandel und soziale Sicherung – Chance statt Kollaps?	96
Susanne Tatje	
Weichen für die Zukunft – Demografische Planung in der Stadt	114
Gerhard Naegele	
Für eine soziale Lebenslaufpolitik	126
Urs Peter Ruf	
Chancen der Gestaltung des demografischen Wandels in der betrieblichen Praxis	143
Volker Baethge-Kinsky	
Lebenslanges Lernen für alternde Belegschaften	163
Karina Becker/Ulrich Brinkmann/Thomas Engel	
Beschäftigte als »Unternehmer der eigenen Gesundheit«?	173
Die Autorinnen und Autoren	192

■ Vorwort

Der Umstand, dass sich die deutsche Gegenwartsgesellschaft in einer Phase des demografischen Umbruchs mit steigender Lebenserwartung, niedrigen Geburtenraten und entleerenden Regionen befindet, hat wissenschaftlichen und medialen Nachhall gefunden. Landläufig wird der Wandel der Bevölkerungsstruktur zumeist in grellen, alarmistischen Farben und Karten diskutiert. Die demografische Katastrophe, die Gerontokratie und der Demografie-Tsunami generieren ein Bedrohungsgefühl, das die wissenschaftliche und politische Interpretation in zwei Lager spaltet. Die eine Seite sieht den demografischen Wandel als unabänderliches Schicksal, dem die Politik mit Entschlossenheit begegnen solle. Einschnitte in den solidarischen sozialen Sicherungssystemen, eine Ausdehnung der Lebensarbeitszeit und die Bildung so genannter branchen- und regionalpolitischer Leuchttürme sind Folgen dieser Politik. Die anderen sehen den demografischen Wandel als gestaltbare Aufgabe, die gesellschaftlich bearbeitet werden müsse. In beiden Sichtweisen jedoch wird im wissenschaftlichen Gewand der Demografiefolgenabschätzung eine Vielzahl gesellschaftlicher Probleme fahrlässig »demografisiert«: Wachstumsschwäche, Sozialstaatsversagen und Fachkräftemangel.

Der vorliegende Sammelband will zwar die real beobachtbaren Veränderungen und Herausforderungen sowie die Notwendigkeit, diese zu gestalten, nicht negieren. Ziel ist jedoch, die verbreiteten Negativ-Szenarien kritisch zu hinterfragen und auf diesem Wege zu einer positiveren Grundhaltung zu Prozessen, wie der Schrumpfung oder der Alterung der Gesellschaft auch in regionaler Hinsicht, beizutragen. Dafür ist es nötig, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen als solche zu begreifen und nicht als Probleme der biologischen Reproduktion. Auf diese Weise kommt man zur Frage nach dem »guten Leben« und den Möglichkeiten für Staat und Politik, dazu beizutragen. Erst abgeleitet und als Ergebnis erfolgreicher Politik für ein »gutes Leben« können Menschen Kinderwünsche hegen und diese für realisierbar halten.

Vor diesem Hintergrund hat das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) in der Hans-Böckler-Stiftung im Frühjahr 2008 eine Tagung unter dem Titel »Chancen des demografischen Wandels« durchgeführt, die das Thema explizit »positiv« in den Blick genommen hat. Dabei ging es vor allem darum, Chancen einer positiven staatlichen Regulierung herauszuar-

beiten und möglicherweise Intervention und somit politische Handlungsbedarfe, auch unter Einschluss der Tarifparteien, zu ermitteln. Die Beiträge des Bandes sind aus dieser Tagung hervorgegangen und betrachten in den drei Themenfeldern – Wirtschafts- und Strukturpolitik, Arbeitsmarkt und Soziale Sicherung – demografierelevante Aspekte. Die interdisziplinäre Sicht verdeutlicht zudem die vielfältigen Verbindungen zwischen den hier betrachteten drei Politikfeldern. Wie die Beiträge außerdem zeigen, wird der demografische Wandel dann zur Chance, wenn er Veränderungen auslöst, die eine Neugestaltung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen ermöglichen und zu einer allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für den oder die Einzelne(n) beitragen.

*Claudia Bogedan
Till Müller-Schoell
Astrid Ziegler*

Claudia Bogedan/ Till Müller-Schoell/Astrid Ziegler Demografischer Wandel als Chance

1. Chancen des demografischen Wandels – unsere Perspektive

Unter demografischem Wandel wird in der gegenwärtigen öffentlichen Debatte im Allgemeinen die gleichzeitige Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft verstanden. Es wird jedoch nicht immer hinreichend definiert, welcher Aspekt dabei gemeint ist. Der Interpretationsspielraum des Begriffs ist groß. Daher variieren auch die bisherigen politischen Antworten von Rentenkürzungen über den Ausbau der Kinderbetreuung bis hin zur Förderung bürgerschaftlichen Engagements und der Einrichtung kommunaler Stabsstellen zum demografischen Wandel. Viele verbinden mit dem Alterungsprozess und der Schrumpfung der Bevölkerung vor allem soziale Konflikte und Spaltungsprozesse: Ob Jung gegen Alt bei der Finanzierung der Alterssicherung, Inländer gegen Ausländer bei der Arbeitsplatzsuche oder Stadt gegen Land bei der Frage nach der Finanzierung (sozialer) Infrastruktur.

Die demografischen Veränderungen sind jedoch nicht zwangsläufig negativ. Zum Beispiel sind sinkende Geburtenraten auch das Ergebnis einer geringeren Säuglingssterblichkeit. Und es hat auch mit der Verbesserung der Lebensbedingungen zu tun, dass die Menschen immer älter werden. Allerdings sind diese Prozesse keineswegs im ganzen Land einheitlich. Vielmehr gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Außerdem sind die zu erwartenden demografischen Änderungen keine Naturgewalten, sondern Herausforderungen, die sich gestalten lassen. Die Politik kann die zentralen Parameter Reproduktion und Zuwanderung beeinflussen, indem sie die Attraktivität des Lebens in einem Land steigert: Beispiele sind die Zuwanderungspolitik, die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates, die Arbeitsmarktgestaltung sowie die Wirtschafts- und Strukturförderung. Der vorliegende Band bezieht den demografischen Wandel vor allem auf die Alterung der Gesellschaft. Die Bevölkerungsschrumpfung stellt für uns keine grundlegende Bedrohung dar.

Der demografische Wandel ist selbst eine Antriebskraft für die Veränderung gesellschaftlicher Verhältnisse. Statt Angst vor aussterbenden Gemeinden, einem Fachkräftemangel oder einer Überlastung des Sozialstaates skiz-

zieren wir die politischen Gestaltungsspielräume, die die Möglichkeit guter Arbeit und eines besseren Lebens für alle eröffnen. Die positive Gestaltung der Voraussetzungen für ein »decent life«¹ bietet die Grundlage für eine Trendwende. Ziel ist demnach nicht nur die reaktive Bearbeitung der aus dem demografischen Wandel resultierenden Herausforderungen. Vielmehr wird der demografische Wandel selbst zur Chance, um bestehende Konflikte und Spaltungen neu zu bearbeiten. Anhand der drei Politikfelder Wirtschafts- und Strukturpolitik, Arbeitsmarkt sowie soziale Sicherung diskutieren wir exemplarisch Chancen einer staatlichen Regulierung und verdeutlichen die vielfältigen Verbindungen zwischen diesen drei Bereichen.

Wir leugnen nicht, dass Schrumpfung und Alterung der Bevölkerung neue Herausforderungen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales mit sich bringen. Die nachfolgenden Befunde rücken jedoch manchen Aspekt der aktuellen Debatte in ein anderes Licht, relativieren gängige Horrorszenarien und zeigen realistische Optionen auf, inwiefern man den demografischen Wandel als Chance für kollektives Sicherstellen von Bedingungen eines »decent life« aller und nicht als drohende Gefahr und Vorwand zur Aufgabe sozialer Standards begreifen kann. Die Neu-Gestaltung gesellschaftlicher Solidaritätsbeziehungen ist der Maßstab einer solchen Politik. Damit verbunden ist für uns ein aktiverer Staat als Steuerungsinstanz, Arbeitgeber und Dienstleister.

Diese Perspektive fußt auch auf der Erkenntnis, dass die Wirtschaft sich grundlegend verändert. Ein Beispiel dafür ist der Trend zur Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft.

2. Alterung und Schrumpfung in Deutschland

Beide Phänomene des demografischen Wandels – Schrumpfung und Alterung – zeigen sich schon heute. Sie sind allerdings regional deutlich unterschiedlich ausgeprägt und verstärken so die ungleiche Bevölkerungsvertei-

¹ Wir haben den englischen Begriff hier gewählt, da uns die deutsche Übersetzung »gutes Leben« oder »menschenwürdiges Leben« nicht ausreichend erscheint. »Decent life« und »decent work« werden nämlich im internationalen Kontext als Einheit gesehen, die das Ziel fairer und gleicher Lebensbedingungen sowie Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe verfolgt ausgehend von Erwerbsarbeit, die für alle zu guten Bedingungen (ILO-Kriterien) verfügbar ist, sozialen Schutz garantiert, nicht ausbeutet und diskriminiert sowie die Sozialpartner einbezieht. Unserem Verständnis nach müssen »gutes Leben« und »gute Arbeit« diesem umfassenden Konzept entsprechen.

lung in Deutschland, wie die nachfolgenden Karten zeigen. Insbesondere in ländlichen und strukturschwachen Räumen sinkt die Bevölkerung und verändert sich die Altersstruktur. Andererseits verzeichnen viele Städte Bevölkerungswachstum. Auch ist die Altersstruktur in ihnen, u.a. aufgrund von innerdeutscher Zuwanderung, weniger ungleich verteilt (siehe Abbildung 1 auf der folgenden Seite).

Die regionalen Unterschiede treffen zudem auf verschiedene wirtschaftliche und soziale Bedingungen. Denn durch den Strukturwandel und den Übergang von der Industrie- zur Wissensökonomie gehen traditionelle Arbeitsplätze verloren, während in Wachstumsbranchen neue Stellen entstehen. Von dieser Entwicklung sind die verschiedenen Wirtschaftsbereiche und Regionen sehr unterschiedlich betroffen. Der Rückgang, die Alterung und die fortschreitende Heterogenisierung der Bevölkerung – insbesondere in Ostdeutschland – werden diese regionalen Disparitäten verschärfen. So war die Bevölkerungsentwicklung in den ostdeutschen Bundesländern in den vergangenen Jahren weniger ein Ergebnis des demografischen Wandels denn des Transformationsprozesses nach der deutschen Wiedervereinigung (siehe Beetz in diesem Band). Die Auswirkungen des demografischen Wandels stehen Ostdeutschland erst noch bevor.

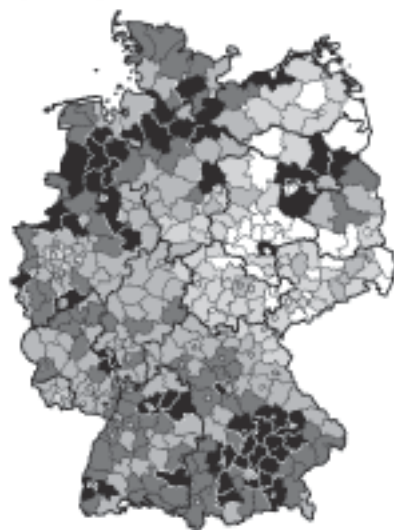
Folglich werden die regionalen Verteilungskämpfe um demografische Potenziale zunehmen – und dies nicht nur in Ostdeutschland. Die Bevölkerungsverschiebungen werden erhebliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche Strukturentwicklung haben: Sinkt die regionale Bevölkerung, geht tendenziell die Nachfrage nach Dienstleistungen und Gütern zurück. Die Wirtschaft schrumpft und der Arbeitsmarkt wird kleiner (ausführlich Knorr 2005). Das kommunale Finanzaufkommen sinkt, auch weil die Finanzaufwendungen von der Bevölkerungszahl abhängen. Für Kommunen ist es daher teuer, wenn sie Einwohner verlieren. In Gebieten mit Bevölkerungsverlust steigt das Risiko, dass die Infrastruktur nicht mehr ausgelastet und die Versorgung der Bevölkerung mit grundlegenden Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Gütern des täglichen Bedarfs nicht mehr gewährleistet werden kann.

Wir werden vielleicht weniger. Ja, und?

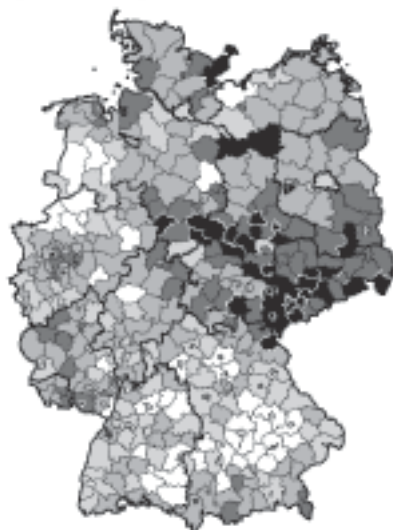
Der Rückgang der Bevölkerung wird vor allem festgemacht an der sinkenden Geburtenzahl. So befand sich Deutschland 2006 mit durchschnittlich 1,33 Kindern pro Frau im europäischen Vergleich nur im unteren Mittelfeld (Eurostat 2008). Befürchtungen zufolge könnte das folgende Auswirkungen auf das Wirtschafts- und Sozialsystem haben: Erstens wird ein Rückgang der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit unterstellt. Zweitens stünden immer

Abbildung 1: Einwohnerentwicklung, Anteil älterer Menschen und Einwohnerdichte nach Stadt- und Landkreisen

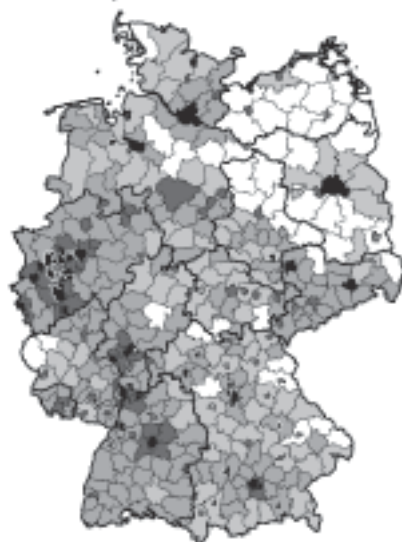
a) Einwohnerentwicklung in Deutschland 1990 bis 2006
(1990 = 100)



b) Anteil älterer Menschen in Deutschland am 31.12.2006
(60 Jahre und älter)



c) Einwohnerdichte in Deutschland am 31.12.2006
Einwohner je km² Fläche



a) Index 1990 = 100

- 115 bis 142 (53)
- 109 bis 115 (89)
- 97 bis 109 (174)
- 85 bis 97 (77)
- 60 bis 85 (46)

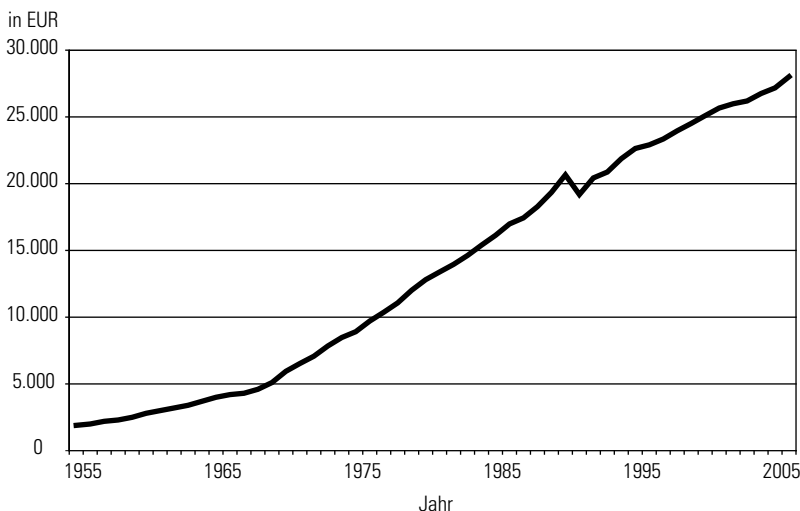
b) Anteil Älterer in %

- 29,2 bis 34,3 (47)
- 26,7 bis 29,2 (86)
- 24,0 bis 26,7 (176)
- 22,5 bis 24,0 (84)
- 18,6 bis 22,5 (46)

c) Einwohnerdichte

- 1.500 bis 4.180 (43)
- 465 bis 1.500 (88)
- 130 bis 465 (176)
- 84 bis 130 (83)
- 30 bis 84 (44)

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben
des Statistischen Bundesamtes

Abbildung 2: Bruttoinlandsprodukt je Einwohner in Euro

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2007

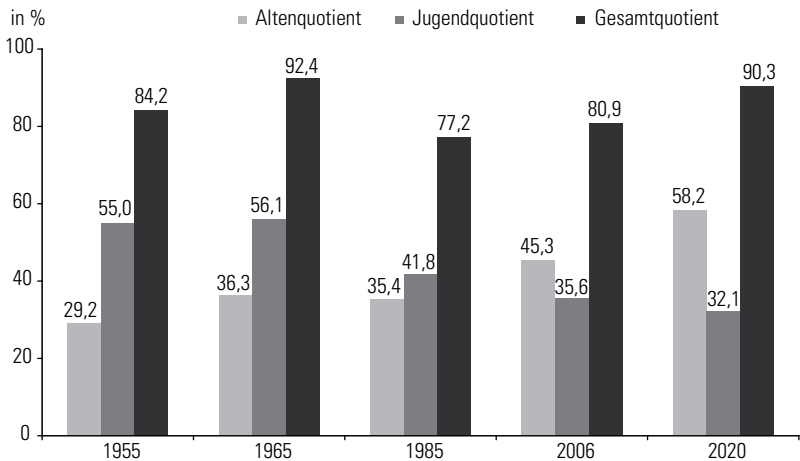
mehr Rentnerinnen und Rentner immer weniger Beitragszahlern gegenüber, was zu einer Überlastung der Sozialversicherungen führe. Ganze Landstriche, so befürchtet man drittens, könnten vergeisen.

Doch diese Sichtweise greift zu kurz. Denn aus volkswirtschaftlicher Sicht ist nicht die Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter entscheidend, sondern ihre Beschäftigung und die erzielte Wertschöpfung. Beide weisen in den letzten Jahrzehnten einen steigenden Trend auf, sodass ein wachsender Teil des Erwerbspersonenpotenzials in Arbeit ist. Nach dem Mikrozensus lag die Erwerbsquote 1985 noch bei 61,6%, im Jahr 2007 aber schon bei 69,6%. Auch stellt die deutsche Wirtschaft pro Kopf der Gesamtbevölkerung immer mehr Waren und Dienstleistungen her (Abbildung 2).

Wenn man nicht allein den Altenquotienten betrachtet, sondern auch den Gesamtquotienten (Abbildung 3), relativieren sich die Befürchtungen ebenfalls, da das Verhältnis von »Aktiven« zu »Inaktiven«² deutlich gedämpfter verläuft. Selbst im Jahr 2020 wird der Gesamtquotient in Deutschland noch nicht das Niveau von 1965 erreicht haben.

² Der Gesamtquotient als Verhältnis von Aktiven zu Inaktiven beschreibt, welcher Anteil der Wertschöpfung auf wie viele Köpfe übertragen werden muss. Die Leistungen für Ältere machen dabei nur einen Teil aus.

Abbildung 3: Alten-, Jugend- und Gesamtquotienten* für Deutschland in ausgewählten Jahren



* Altenquotient = Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahre; Jugendquotient = Bevölkerung unter 20 Jahren bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahre; Gesamtquotient = Bevölkerung unter 20 Jahren plus die Bevölkerung im Alter von 60 Jahren und älter bezogen auf die Bevölkerung im Alter von 20 bis unter 60 Jahre.

Quelle: Eigene Darstellung nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 2006, 11. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung

Kurzum darf beim Thema »ältere Beschäftigte und volkswirtschaftliches Wachstum« nicht vernachlässigt werden, dass es weniger um die Anzahl der Erwerbstätigen geht, sondern vielmehr darum, wie produktiv und ausgebildet diese sind. Volkswirtschaftlich geht es um die bessere Nutzung des technischen Fortschritts sowie von Qualifikation und Erfahrung. Die Wirtschaft muss mit ihren Arbeitskräften nachhaltiger umgehen, da sie diese über einen längeren Zeitraum braucht.

Wir werden immer älter. Wie gut!

Der wesentliche demografische Trend bis 2030 ist die Alterung der Bevölkerung. Mit der steigenden Lebenserwartung bleiben wir auch länger fit. Gleichwohl steigt der Anteil der über 65-Jährigen, während die Zahl der unter 15-Jährigen sinkt. Beschäftigungspolitisch ist dabei interessant, dass die Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen bis 2025 deutlich zunehmen wird – im Durchschnitt um etwa 40% im Vergleich zu 2006 (Ebert/Staudinger 2007). Der Anteil sinkt wieder, wenn die Baby-Boomer-Generation nach 2025 in Rente geht (siehe Kistler in diesem Band).

Eine wachsende Zahl älterer Beschäftigter bedeutet nicht zwangsläufig eine sinkende Arbeitsproduktivität (Arnds/Bonin 2002) und eine geringere gesamtwirtschaftliche Produktivität. Für diesen Zusammenhang gibt es keinen wissenschaftlichen Beleg. Zwar nimmt die körperliche Leistungsfähigkeit mit dem Alter ab, aber ihre Bedeutung rückt in einer wissensbasierten Wirtschaft immer mehr in den Hintergrund. Gefragt sind dagegen Erfahrung, Menschenkenntnis und Organisationstalent – Fähigkeiten, die mit dem Alter zunehmen. Ältere Beschäftigte sind nicht unproduktiv. Sie haben nur andere Stärken und Schwächen als junge Beschäftigte.

Dennoch wird die Zunahme der älteren Bevölkerung auch die Wirtschaft beeinflussen. Die Alterung wirkt sich sowohl auf das Nachfragepotenzial und Konsumentenverhalten als auch auf das Güter- und Dienstleistungsangebot aus. Auf vielen Märkten ergeben sich dabei neue Wachstumschancen. Bereits heute bilden die über 50-Jährigen eine wichtige Konsumenten-Gruppe. Bei vielen Gütergruppen (z.B. Nahrungsmitteln, Bekleidung und Reisen) beträgt ihr Anteil an den Konsumausgaben schon knapp die Hälfte. Weil die ältere Bevölkerungsgruppe wächst, steigt auch das Nachfragepotenzial (BMFSFJ 2007). In Branchen wie der Gesundheitswirtschaft (siehe Hilbert et al. in diesem Band) gehen von der demografischen Entwicklung auch Innovationsimpulse aus, die mit positiven Beschäftigungseffekten verbunden sind. Erhebliche Auswirkungen auf das Konsumpotenzial hat zudem die Entwicklung der verfügbaren Einkommen – und dabei insbesondere der zukünftigen Renten (siehe Rasner/Haak in diesem Band).

3. Gegenwärtige Verteilungsprobleme

Chancen und Potenziale des demografischen Wandels ergeben sich dort, wo er die vorhandenen Problemlagen in einer Weise politisch virulent werden lässt, dass staatliches Handeln erforderlich und durchsetzbar wird. Solche Problemlagen, die durchaus auch ohne Alterungsprozess schon angelegt sind, sehen wir in der regionalen Ungleichheit, am Arbeitsmarkt sowie in den sozialen Sicherungssystemen.

Regionale Ungleichgewichte nehmen zu

Sicherung und Ausbau der öffentlichen Daseinsvorsorge sowie die wirtschaftliche Entwicklung von strukturschwachen Regionen sind für die Politik jedoch keinesfalls selbstverständlich. Insbesondere bei der Versorgung mit den sozialen Infrastrukturen ist heute eine Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse nicht mehr flächendeckend gegeben. Stattdessen hat in der Wirt-

schafts- und Strukturpolitik eine Trendwende eingesetzt: Die Förderpolitik in Deutschland steht nun unter dem Motto »Stärken stärken«. Diesem Leitbild zufolge liegen die volkswirtschaftlichen Wachstumschancen vor allem in den urbanen Zentren.

Der demografische Wandel wird diese Entwicklung noch verstärken. Wohlstandsregionen wie Oberbayern oder Stuttgart ziehen schon heute die Jungen und Mobilen aus anderen Regionen ab. Durch den Alterungsprozess und die Abwanderung hat sich in einigen, hauptsächlich ländlichen Regionen die Altersstruktur von Bevölkerung und Erwerbspersonen bereits stark gewandelt (vgl. Abbildung 1).

In vielen Zentren ist dieser Wandel – auch aufgrund von Zuwanderung – nicht so ausgeprägt. Angesichts der wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Möglichkeiten der Ballungsräume wird sich diese Tendenz weiter fortsetzen. Das Nachsehen haben ländliche Regionen, denn sie werden weiter geschwächt. Die Förderpolitik verstärkt mit ihrer neuen Ausrichtung die durch die demografische Entwicklung vorgegebenen Trends, die sie als unveränderbar ansieht. Dabei vernachlässigt sie aber die Chancen und das Innovationspotenzial in den strukturschwächeren Räumen (siehe Beetz in diesem Band).

»Mismatch«-Probleme am Arbeitsmarkt

Selbst bei einer günstigen Beschäftigungsentwicklung bleibt der Arbeitsmarkt für ältere Erwerbsfähige mit geringen Qualifikationen, die in ihrer Gesundheit oder Mobilität eingeschränkt sind, schwierig. Trotz eines schrumpfenden Erwerbspersonenpotenzials kommt es nicht zu einer demografisch bedingten Lösung der Arbeitslosigkeitsproblematik, da weiterhin eine geringere Arbeitskräftenachfrage prognostiziert wird. Ein wachsender Teil dieser Arbeitskräftenachfrage wird sich im hochqualifizierten Bereich und bei Dienstleistungen abspielen (Fuchs et al. 2005). Zukünftig werden jedoch die älteren Erwerbspersonen anteilig eine wichtigere Rolle haben. In die Kategorie der 55- bis 64-Jährigen fielen 2006 etwa 13% der Erwerbspersonen, während es bis 2020 voraussichtlich 21% (West) bzw. 24% (Ost) sein werden; für 2030 werden 21% (West) bzw. 22% (Ost) prognostiziert. Die Verlängerung der Erwerbsphase durch einen späteren Renteneintritt verstärkt diesen Trend zusätzlich. Der Anteil der unter 45-Jährigen sinkt bis 2030 voraussichtlich von 62% (West) bzw. 60% (Ost) auf 56% bzw. 51% (Ebert/Staudinger 2007). Zwar kann die Arbeitsmarktpolitik das Alter der Erwerbsbevölkerung nicht beeinflussen. Dafür gibt es aber in den Bereichen Gesundheit und Qualifikation Ansatzpunkte zum Handeln (siehe Baethge-Kinsky und Becker et al. in diesen Band).

Noch fehlt – gerade in Randgebieten – eine offene, gestaltbare und gestaltete Entwicklung der Arbeitsmärkte (Barlösius/Neu 2007): lokale Entwicklungs-, Spezialisierungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten, die bessere Perspektiven als die Abwanderung eröffnen; Arbeitsbedingungen, die längeres und gesundes Arbeiten ermöglichen (Seifert 2008); institutionelle Rahmenbedingungen, die flexiblere Erwerbsbiografien absichern (Schmid/Hartlapp 2008).

Die Veränderungen der Arbeitswelt haben auch Auswirkungen auf die sozialen Sicherungssysteme. Auch wegen des Übergangs von der Industrie zur Wissensökonomie entstehen neue soziale Risiken.

Spaltung sozialer Sicherung

Die am Bild des männlichen Industriearbeiters orientierten Sozialsysteme können die neuen Risiken nur unzureichend absichern. Zudem schrumpft die Zahl sozialversicherungspflichtiger Normalarbeitsverhältnisse durch die politisch gewollte Zunahme atypischer Beschäftigung. Zu den nach wie vor sozial gut abgesicherten Erwerbsverhältnissen tritt eine wachsende Zahl unzureichend geschützter und unsicherer Arbeitsplätze. Das hat Konsequenzen für die sozialen Sicherungssysteme: Einerseits schrumpft die Finanzierungsbasis für die Sozialversicherung. Andererseits sind immer mehr Menschen auf Leistungen der Sozialhilfe angewiesen statt auf Sozialversicherungsleistungen.

In der öffentlichen Debatte wird jedoch die »Vergreisung« der Gesellschaft verantwortlich gemacht für den Ausgabenanstieg: Immer weniger Beitragszahler stehen demnach immer mehr Leistungsempfängern gegenüber – vor allem in der Rente. In der Kranken- und Pflegeversicherung verursacht zudem die Alterung der Gesellschaft einen Kostenanstieg. Dieser Argumentation zufolge gibt es nur zwei Lösungswege: Entweder steigen die Beiträge drastisch oder die Leistungen werden radikal gekürzt – sei es durch Einschnitte bei den Transferleistungen, steigende Eigenbeteiligung oder Erhöhung des Renteneintrittsalters. Dabei wird der Beitragsanstieg mit Hinweis auf die negativen Folgen von zu hohen Lohnnebenkosten im Standortwettbewerb ausgeschlossen (Fasshauer 2005). Diese Überlastungsthese hat die Politik aufgegriffen und verfolgt nun das Ziel der Beitragssatzstabilität. Dies hat in der Rente erhebliche Einschnitte beim Leistungsniveau zur Folge.

Allerdings gibt es Alternativen für eine nachhaltige und gerechte Finanzierung von umfassenden Sozialversicherungsleistungen jenseits des Beitragssatz-Leistungen-Dilemmas (Butterwegge 2005): Wenn die Beiträge auf mehr Köpfe verteilt und höhere Einkommen stärker belastet werden, steigen die Einnahmen der Sozialversicherungen – ohne die Beitragssätze

zu erhöhen. Das gelingt durch eine Verschiebung der Beitragsbemessungsgrenzen und die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die gesetzlichen Sozialversicherungen.

Darüber hinaus ist der Zusammenhang zwischen alternder Gesellschaft und einem Kostenanstieg in der Kranken- und Pflegeversicherung keinesfalls so eindeutig, wie es vielfach dargestellt wird (siehe Rasner/Haak und Scharfenorth in diesem Band). Die Alterung der Gesellschaft bedingt nicht zwangsläufig eine Kostenexplosion im Gesundheitssystem. Bessere und mehr Präventionsangebote, Gesundheitsförderung sowie gute Lebens- und Arbeitsbedingungen können das Risiko schlechter Gesundheit mindern.

Die Auswirkungen von Alterung und Schrumpfung der Gesellschaft sind somit durchaus politisch gestaltbar und dürfen nicht den Marktkräften überlassen werden. Die Fragen sind: Welche Aufgaben fallen dem Staat dabei zu? Wo müssen gesellschaftliche Solidaritätsbeziehungen erneuert werden?

4. Handlungsoptionen des gestaltenden Staates

Erneuerte Solidaritätsbeziehungen

Weil die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik nur unzureichend reagiert, rücken die Ziele gleichwertiger und nachhaltiger Arbeits- und Lebensbedingungen in weite Ferne. Stattdessen driften diese immer weiter auseinander: von den unterschiedlichen Angeboten der Kommunen über den mangelnden sozialen Ausgleich bei Erwerbchancen und Einkommen bis hin zur wachsenden regionalen Ungleichheit. Eine grundlegende Kurskorrektur staatlicher Intervention ist nötig, um Solidaritätsbeziehungen statt zunehmender Polarisierung zu erreichen.

Die Konfliktlinie wohlfahrtsstaatlicher Umverteilung, die angesichts des demografischen Wandels zwischen jung und alt konstruiert wurde (Stichwort: Generationengerechtigkeit), verdeckt jedoch die Notwendigkeit, weitergehenden sozialen Ausgleich – zwischen arm und reich, Erwerbslosen und Erwerbstätigen, guten und schlechten Beschäftigungsverhältnissen sowie zwischen strukturschwachen und -starken Regionen – herbeizuführen. Erneuerte Solidaritätsbeziehungen bedeuten hier, Entwicklungschancen nicht zulasten von benachteiligten Gruppen zu realisieren, sondern Standards zu verallgemeinern und Zugang zu Konsum- und Entfaltungsmöglichkeiten umfassend zu organisieren. Ein aktives politisches Handeln ist hierfür zentral, um den nötigen sozialen Ausgleich zu gestalten. Dazu muss die Politik das Ziel der flächendeckenden Entwicklung gleichwertiger Lebensverhältnisse neu beleben. Dazu gehört die Sicherung eines grundlegenden wirtschaft-

lichen Niveaus, die Versorgung der Bevölkerung mit öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge sowie die Garantie guter Arbeitsbedingungen, inklusive der Aus- und Weiterbildungsnotwendigkeiten eines dynamischen Arbeitsmarkts. So könnte der sich sonst selbst verstärkende Polarisierungsprozess aufgehalten werden. Es kann nicht das Ziel sein, ganze Landstriche verwaisen zu lassen oder Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen nicht mehr für alle bereitzustellen. Dies ist weder ökonomisch noch sozial sinnvoll. Deutschland braucht einen umverteilenden und starken Staat.

Die veränderte Demografie ist volkswirtschaftlich dann eine Chance, wenn weite Teile der Bevölkerung länger und höher qualifiziert am Erwerbsleben teilhaben können. Das stellt Autonomie und wirtschaftliches Wohlergehen für mehr Menschen sicher. Ein wachsendes Segment höher qualifizierter Tätigkeiten und Dienstleistungen bietet ebenso Chancen für eine humanisierte Arbeitswelt, da die menschliche Arbeitskraft über einen längeren Zeitraum gebraucht wird. Wachstumschancen in den neuen Märkten der Gesundheitswirtschaft und der personenbezogenen bzw. haushaltsnahen Dienstleistungen müssen aber auf »guter Arbeit« basieren. Standards und öffentliche Beschäftigung können verhindern, dass immer mehr unsichere und atypische Arbeitsverhältnisse entstehen und damit die Chancen der einen auf ein »gutes Leben« mit der schlechten Arbeit der anderen realisiert werden.

Allerdings bedarf es politischer Gestaltung, damit die Chancen genutzt werden und längere und möglichst unterbrechungsarme Erwerbsbiografien mit Existenz sichernden Entgelten entstehen. Doch nicht nur der Staat, sondern auch die Betriebe müssen handeln, um die entsprechenden Voraussetzungen zu schaffen (siehe Ruf in diesem Band).

Konkrete Chancen für politische Gestaltung

Die angedeuteten Chancen des demografischen Wandels sind immer Chancen eines aktiven gestaltenden Staates. Dieser sichert Kollektivgüter, die ohne aktives Eingreifen gefährdet sind, und löst positive Dynamiken aus. Bisher fehlt jedoch ein entschiedenes Gegensteuern des Staates. Schlimmer noch: In vielen Bereichen haben die Reformen und Eingriffe der vergangenen Jahre die Bedingungen für ein »decent life« eher verschlechtert. Es gibt jedoch auch Positivbeispiele, die zeigen, dass der Staat nach wie vor über ausreichende Mittel und Instrumente verfügt, um gestaltend einzugreifen:

- die Förderung von Rückwanderung junger Ostdeutscher (wie die Gründung von Rückkehragenturen und die Vernetzungswebseite www.kontakt-ostdeutschland.de);
- das Umsteuern in der Familienpolitik durch Ausbau der Kinderbetreuung (u.a. *Tagesbetreuungsbaugesetz 2004*);

- die Initiativen zur Verbesserung der Qualität der Arbeit (wie INQA, <http://www.inqa.de>).

Eine Ausweitung dieser und vergleichbarer Eingriffe des Staates in die Gestaltung der Lebensverhältnisse ist nicht nur möglich, sondern auch nötig. Eine Ausweitung der Staatstätigkeit kann durchaus positive Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Entwicklung haben, wie der internationale Vergleich zeigt. In Deutschland wurden die oben beschriebenen Möglichkeiten jedoch in der Vergangenheit noch zu wenig genutzt. Stattdessen folgte die Politik den Vorstellungen eines schlanken Staates.

Was muss getan werden, damit Deutschland die Chancen des demografischen Wandels in den nächsten Jahrzehnten nutzen kann?

1. Regionale Disparitäten ausgleichen:

für eine echte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse

In den vorherigen Abschnitten ist deutlich geworden, dass eine der größten demografischen Anforderungen der Umgang mit den wachsenden regionalen Disparitäten ist. Der Regionalpolitik fällt daher eine Schlüsselrolle zu: 1. Die Politik muss die Zukunftsaussichten in Regionen verbessern, die besonders stark von der demografischen Entwicklung betroffen sind und deren Innovationspotenzial fördern; 2. Der Abbau extremer Unterschiede in den Lebensverhältnissen zwischen den Räumen muss gefördert werden. Dieser ausgleichsorientierte Ansatz konzentriert die staatlichen Mittel auf die strukturschwächsten Gebiete. Diese Art von Regionalpolitik wurde in der Vergangenheit schon praktiziert, und Wirkungskontrollen attestierten dieser Politik auch positive Effekte (GEFRA et al. 2004). Die Politik sollte sich daher wieder auf die Wurzeln des regionalpolitischen Konzepts besinnen.

Nur: Regionalpolitik kostet Geld. Auch unabhängig vom demografischen Wandel stellt aber das Missverhältnis zwischen den benötigten und den zur Verfügung stehenden Fördermitteln ein großes Problem dar. Das Ziel der Haushaltskonsolidierung steht vielfach in Konkurrenz zu den regional- und strukturpolitischen Notwendigkeiten, wie bspw. die Aufrechterhaltung der öffentlichen Infrastruktur. Erforderlich wäre deshalb eine Mittelbindung, damit Regionen und Kommunen auch in kind- und altersgerechte Maßnahmen investieren.

2. Strukturwandel begleiten und neue Beschäftigungsfelder unterstützen

Eine der wichtigsten Aufgaben der Wirtschafts- und Strukturpolitik ist die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in ausreichender Menge und Qualität. Möglich macht dies eine moderne Unternehmens- und Innovationsentwicklung. Aus demografischer Sicht muss viel stärker als bisher die

Förderung von Wertschöpfungsketten, Unternehmensverbänden, regionalen Netzen und Beschäftigungspakten rund um Zukunftsfelder wie die Seniorenwirtschaft oder die Gesundheitsregionen in den Fokus rücken (siehe Hilbert et al. in diesem Band). Allerdings stellt die Strukturpolitik das Arbeitsplatzziel hinter das Ziel der Wettbewerbsfähigkeit. Statt bürokratisch abzuwarten, sollte sich das Verwaltungshandeln daran ausrichten, Risiken für Arbeitsplätze frühzeitig zu erkennen und Chancen für mehr Beschäftigung zu nutzen. Bei neu entstehenden Arbeitsplätzen kommt es nicht nur auf die Anzahl an, sondern auch darauf, dass Arbeits- und Umweltstandards eingehalten, Einkommen gesichert und nachhaltige Beschäftigungsverhältnisse angeboten werden. Wie die Erfahrungen mit Umstrukturierungen in Ostdeutschland zeigen, lassen sich auch gefährdete Regionen, Branchen und Unternehmen unter verschärften Weltmarktbedingungen in Deutschland mit geeigneten politischen Instrumenten stabilisieren.

3. Eine breite Arbeitsmarktbeteiligung gewährleisten

Das Erwerbspotenzial der Zukunft ist älter und weiblicher. Die Unternehmen sind die entscheidenden Akteure, wenn es darum geht, Arbeitsplätze für ältere Beschäftigte zu schaffen und die notwendigen Konzepte wie zum Beispiel präventiver Arbeits- und Gesundheitsschutz, Lebenslanges Lernen, Arbeitsplatzgestaltung und Arbeitszeitanpassung umzusetzen. Die bessere Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit ist eine derart grundlegende Notwendigkeit zukünftigen Wirtschaftens, dass die Verantwortung dafür beim Staat liegt. Regulative Anreize für betriebliche Betreuungseinrichtungen sind denkbar, ebenso wie privatwirtschaftliche Angebote auf einem verbindlichen Qualitätsniveau. Bei der Finanzierung wäre eine Alternative zwischen Beiträgen von Arbeitgebern und betrieblichen Angeboten anzustreben.

Eine breite Arbeitsmarktbeteiligung und sichere Arbeit sind gleichzeitig der beste Weg, um umfassende Sozialversicherungsleistungen und einen funktionierenden Sozialstaat zu gewährleisten. Denn mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung mit höheren Löhnen verbessert die Finanzierungsbasis der Sozialversicherungen. Allerdings erfordert die Erosion der Normalarbeitsverhältnisse eine bessere Absicherung unterbrochener Erwerbsbiografien und eine flexiblere Verteilung der Lebensarbeitszeit über das Erwerbsleben. Darüber hinaus sollte die Sozialpolitik Selbstständige, Beamte und geringfügig Beschäftigte in die Sozialversicherung einbinden. Eine Umgestaltung der Arbeitslosenversicherung in eine umfassende Arbeitsversicherung, die nicht nur Phasen der Arbeitslosigkeit, sondern auch Zeiten für Bildung und Weiterbildung, Familien- und Pflegezeiten oder Sabbaticals ab-

sichert, könnte die »rush hour« des Lebens – etwa die Phase zwischen Mitte 20 und Anfang 40 – entzerren (siehe Naegele in diesem Band).

4. *Qualifizierung sichern*

Hinreichende und anpassungsfähige Qualifikation hat sich als Schlüssel zu hoher und langer Erwerbsbeteiligung herausgestellt. Sie zu erreichen setzt heute mehr denn je hochwertige, breite und praxisbezogene Erstausbildungen sowie die ständige Aktualisierung von Kenntnissen und Fähigkeiten voraus. Das erfolgt am leichtesten direkt im Rahmen von abwechslungsreichen und anspruchsvollen Tätigkeiten (siehe Baethge-Kinsky in diesem Band). Darüber hinaus bieten die neuen Herausforderungen die Chance, die solidarische Erbringung des Kollektivguts hochqualifizierte Arbeitnehmer auf eine sichere institutionelle Basis zu stellen. Dies erfordert:

- die verpflichtende finanzielle Beteiligung aller Arbeitgeber,
- die Regulierung und Organisation breiter und hochwertiger Erstausbildungen durch die Tarifparteien (unter staatlicher Autorität),
- die Regulierung und Organisation von Finanzen, Teilnahme und Inhalte der betrieblichen und überbetrieblichen Fort- und Weiterbildung,
- die Versorgung der Bevölkerung mit Fort- und Weiterbildungseinrichtungen im unmittelbaren Umfeld,
- die Anreize so zu setzen, dass Förderung und Ausrichtung von betriebsnahen Qualifikationen attraktiver sind als der Rückzug auf die finanzielle Beteiligung.

Qualifikation und darauf aufbauende Fort- und Weiterbildung sind nur dann sinnvoll, wenn sie nicht der Zwang zur Aufnahme einer jeden, auch unterqualifizierten Arbeit im Falle der Arbeitslosigkeit sofort wieder entwertet. Deshalb könnte ein längeres und graduell sinkendes Arbeitslosengeld I in Verbindung mit guten Qualifizierungsmaßnahmen helfen.

5. *Gesundheit schützen: Krankheit und Verschleiß vorbeugen*

Gesundheitliche Einschränkungen behindern ein »decent life« in allen Lebensphasen. Körperlich und psychisch gesunde Arbeitnehmer bedeuten den Erhalt von Arbeitskraft. Der Staat kann hier einerseits über verbindliche Regelungen zu präventiver ärztlicher Versorgung, zur Ergonomie und Belastung von Arbeitsplätzen eingreifen, andererseits können auch strukturpolitische Anreize und Fördermittel zur Schaffung »guter« Arbeitsplätze beitragen. Dazu gehören auch Fragen der Arbeitsverdichtung und des Stresses. Gerade wegen der Alterung der Belegschaften stellt sich die Frage nach der Gestaltung der Arbeitsorganisation: eine Neuauflage der Altersteilzeit könnte den Beschäftigten und Betrieben Anreize für echte Teilzeitarbeit geben.

Sabbaticals, Weiterbildungen und Lebensarbeitszeitkonten unterstützen den Wechsel zwischen den Belastungsformen und bereiten Auf- oder Umstiege in körperlich weniger beanspruchende Felder vor.

Allerdings bedarf es hier größerer Anstrengungen, den Beschäftigten die Souveränität und Autonomie gegenüber kurzfristigen Wirtschaftlichkeitsüberlegungen der Betriebe zu sichern, sodass sie ihre Schutzrechte und Gestaltungsmöglichkeiten einfordern können (siehe Ruf in diesem Band). Einen grundlegenden Schutz garantieren verbindliche tarifliche oder gesetzliche Standards bei Löhnen und Arbeitsbedingungen, indem sie für die Betriebe eine taylorisierte³ Niedriglohnstrategie mit gering qualifizierten Arbeitnehmern unprofitabel machen.

In der Nacherwerbsphase ist Gesundheitsschutz der Schlüssel zu selbstbestimmtem Leben. Dafür sind in der Pflege- und Krankenversicherung strukturelle Veränderungen jenseits der bereits beschlossenen Reformen notwendig. Gerade im Bereich der Hilfsmittel für ältere und hilfebedürftige Menschen sowie der physikalischen Therapie fehlen ausreichende Angebote, um Pflegefälle zu vermeiden und eine selbstständige Lebensführung zu ermöglichen. Nichtkommerzielle Freizeit- und Sportangebote im Nahraum fördern ein aktives Leben im Alter. Lange Wege hin zu solchen Angeboten werden hingegen schnell zum Hindernis für Seniorinnen und Senioren.

6. Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungen erbringen

Das Ziel des Staates muss eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Infrastrukturen der Daseinsvorsorge sein. Dazu gehören Angebote für alternsgerechtes Wohnen, Zugang zum öffentlichen Personennahverkehr und Mobilität, nichtkommerzielle Sport- und Freizeitangebote (z.B. kommunale Schwimmbäder im nahen Wohnumfeld), aber auch der Zugang zu Angeboten der Bildung, Weiterbildung und Hochschulen.⁴ Das betrifft bspw. den Standort von Bibliotheken oder Angebote für die Nutzung digitaler Medien.

Darüber hinaus sind soziale Dienstleistungen vor allem in der Pflege und Betreuung notwendig. In der Pflegeversicherung sind jedoch viele Leistungen jenseits der Pflegestufe 1 nicht inbegriffen, die ein Leben in der eigenen Wohnung unterstützen würden. Diese Leistungen müssen entweder Familien-

³ In jüngster Zeit können Prozesse der Re-Taylorisierung beobachtet werden, die viele Arbeiten wieder hochgradig arbeitsteilig und standardisiert ablaufen lässt (Schumann 2008).

⁴ Auf der kommunalen Ebene fallen dazu weitere Aufgaben und Tätigkeitsfelder an (siehe Tatje in diesem Band).

angehörige unentgeltlich erbringen oder teuer am Markt erworben werden. Die öffentliche Hand muss daher Daseinsvorsorge und soziale Dienstleistungsangebote auch als Instrumente sozialen Ausgleichs stärker nutzen.

Diese Bereiche der Daseinsvorsorge können Felder für ein Umsteuern des derzeit eher am Geldtransfer orientierten deutschen Sozialversicherungsstaates sein. Das Ziel ist ein größeres Angebot von universellen sozialen Dienstleistungen. Daraus ergibt sich ein großer Bereich für die öffentliche Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik. Der Staat kann – so zeigt das Beispiel Skandinavien – als Arbeitgeber, Organisator und Regulierer für Beschäftigungswachstum sorgen und das Auseinanderdriften der Einkommen verhindern. Die zusätzliche Nachfrage muss in diesem Bereich zu regulären anstelle von prekären und illegalen Beschäftigungsverhältnissen führen.

5. Fazit

Insgesamt zeigt sich, dass »gutes Leben und Arbeiten« nur im Zusammenspiel der drei Politikfelder Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Soziales möglich ist, da sich die meisten Aspekte in allen drei Bereichen auswirken. Der demografische Wandel wirft aber nicht nur die Frage nach der Wohlstandsverteilung auf, sondern auch die nach der Verteilung so genannter personenbezogener und haushaltsnaher Dienstleistungen. Diese bergen einerseits Potenzial für mehr Beschäftigung. Andererseits können sie einen wichtigen Beitrag zur Lösung sozialpolitischer Probleme leisten. Eine flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mindert zudem regionale Disparitäten.

Anschaulich wird die Bedeutung der staatlichen Aufgabenübernahme bei den haushaltsnahen Dienstleistungen in der Pflege und Betreuung von Kindern, Alten und Kranken, die bisher vor allem nicht oder nur in Teilzeit erwerbstätige Ehefrauen, (Schwieger-)Töchter und Mütter erbringen. Wenn der Markt oder der Staat diese Aufgabe übernimmt, schafft dies neue Arbeitsplätze. Zudem können Frauen so eher eine Beschäftigung aufnehmen, was den erwarteten Fachkräftemangel abfedert.

Seniorinnen und Senioren erhalten so auch ein besseres Hilfs- und Unterstützungsangebot und können ihr Einkommen auch für anderen Konsum aufwenden. Wie gezeigt erfordert dies ein gestaltendes Handeln des Staates, damit diese Angebote allen Bürgern zur Verfügung stehen und die entstehenden Beschäftigungsverhältnisse den Kriterien »guten Arbeitens« gerecht werden.

Gelingt es angesichts der Alterung der Gesellschaft und der Folgen für Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Sozialstaat ein solches staatliches Handeln in

den skizzierten Bereichen zu stärken, dann wird der demografische Wandel von einer Bedrohung zu einer Chance.

Literatur

- Ahlers, E./Brussig, M. (2004): Gesundheitsbelastungen und Prävention am Arbeitsplatz – WSI-Betriebsrätebefragung 2004, in: WSI-Mitteilungen 57 (11), S. 617-624.
- Alber, J./Schölkopf, M. (1999): Seniorenpolitik. Die soziale Lage älterer Menschen in Deutschland und Europa, Amsterdam.
- Allmendinger, J./Dressel, K./Ebner, Ch. (2006): Zum Verhältnis von Demografie, Qualifikation und Frauenerwerbstätigkeit, in: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (Hrsg.): Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft, Köln, S. 161-172.
- Arnds, P./Bonin, H. (2002): Arbeitsmarkteffekte und finanzpolitische Folgen der demographischen Alterung in Deutschland, IZA Discussion Paper No. 667.
- Barlösius, E./Neu, C. (2007): »Gleichwertigkeit – Ade?«. Die Demographisierung und Peripherisierung entlegener ländlicher Räume, in: PROKLA 36 (1), S. 77-92.
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.) (2007): Wirtschaftsmotor Alter, Berlin.
- Butterwegge, Ch. (2005): Krise und Zukunft des Sozialstaates, Wiesbaden.
- Bothfeld, S./Klammer, U./Klenner, Ch./Leiber, S./Thiel, A./, Ziegler, A. (2005): WSI-FrauenDatenReport 2005. Handbuch zur wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen, Berlin.
- Ebert, A./Staudinger, T. (2007): Demografischer Wandel und Arbeitsmarkt – Chancen, Gestaltungspotenziale und Handlungsmöglichkeiten, unveröffentlichte Expertise.
- Esping-Andersen, G. (1990): The Three Worlds of Welfare Capitalism, Princeton.
- Eurostat (2008): <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tps00015> (Stand: 28.8.2008).
- Fasshauer, S. (2005): Die Folgen des demographischen Wandels für die gesetzliche Rentenversicherung, in: Kerschbaumer, J./Schroeder, W. (Hrsg.): Sozialstaat und demographischer Wandel. Herausforderungen für Arbeitsmarkt und Sozialversicherung, Wiesbaden, S. 67-95.
- Fuchs, J./Schnur, P./Zika, G. (2005): Arbeitsmarktibilanz bis 2020 – Besserung langfristig möglich. IAB Kurzbericht Nr. 24, Nürnberg.
- GEFRA, ESTI, IfS, MR, Ruhr-Universität, TraST (2004): Halbzeitbewertung des Gemeinschaftlichen Förderkonzeptes 2000 – 2006 (GFK) für den Einsatz der Strukturfonds in den neuen Bundesländern und im Ostteil Berlins, Münster, Dublin, Berlin, Delmenhorst, Bochum, München und Dresden.

- IG Metall (2005): Schwarzbuch »Krank durch Arbeit«. Arbeitsbedingungen – Gesundheitsrisiken – Gegenwehr, Frankfurt/M.
- Klammer, U. (2006): Der demografische Wandel als Herausforderung für die Gestaltung einer lebensbegleitenden Sozialpolitik, in: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration des Landes NRW (Hrsg.): Demografischer Wandel. Die Stadt, die Frauen und die Zukunft, Köln, S. 187-202.
- Knorr, F. (2005): Die fünf neuen Bundesländer als Emigrationsgebiete, Auswirkungen auf kommunale Selbstverwaltungen, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Oschmiansky, F./Mauer, A./Schulze Buschoff, K. (2007): Arbeitsmarktreformen in Deutschland – Zwischen Pfadabhängigkeit und Paradigmenwechsel, in: WSI-Mitteilungen 60 (6), S. 291-297.
- Schmid, G./Hartlapp, M. (2008): Aktives Altern in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, S. 6-15.
- Schumann, M. (2008): Kampf um Rationalisierung – Suche nach neuer Übersichtlichkeit, in: WSI-Mitteilungen 61 (7), S. 379-386.
- Statistisches Bundesamt (2007): Statistisches Jahrbuch 2007, Wiesbaden.
- Seifert, H. (2008): Altersgerechte Arbeitszeiten, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 18-19, S. 23-30.
- Stephens, J. D./Huber, E./Bradley, D./Moller, St./Nielsen, F. (2003): Distribution and Redistribution in Post-Industrial Democracies, in: World Politics 55 (2), S. 193-228.
- Tagesbetreuungsausbaugesetz (2004): Gesetz zum qualitätsorientierten und bedarfsgerechten Ausbau der Tagesbetreuung für Kinder vom 27. Dezember 2004, Bundesgesetzblatt Teil 1, Nr. 76, S. 3852ff.

■ Die Autorinnen und Autoren

Dr. Volker Baethge-Kinsky, Soziologe, arbeitet am Soziologischen Forschungsinstitut (SOFI) Göttingen zu Fragen der beruflichen Bildung und der Arbeitsmarktpolitik.

Karina Becker, Soziologin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena und beschäftigt sich mit Arbeits- und Gesundheitsschutz sowie betrieblicher Mitbestimmung.

Dr. Stephan Beetz ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am von-Thünen-Institut in Braunschweig. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Wohnungsgenossenschaften, Regionalentwicklung, ländliche Räume und Migration.

Claudia Bogedan, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, arbeitet am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung mit den Schwerpunkten Arbeitsmarktpolitik und Sozialstaatsforschung.

Dr. Ulrich Brinkmann, Politikwissenschaftler, ist Hochschulassistent am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena und beschäftigt sich mit Gewerkschaften und betrieblicher Mitbestimmung.

Elke Dahlbeck, Diplom-Sozialwissenschaftlerin, ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Institut für Arbeit und Technik an der Fachhochschule Gelsenkirchen und arbeitet dort im Forschungsschwerpunkt Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität.

Thomas Engel, Soziologe, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Arbeits-, Industrie- und Wirtschaftssoziologie der Universität Jena und beschäftigt sich mit betrieblichem Arbeits- und Gesundheitsschutz und demografischem Wandel.

Peter Enste, Diplom Sozialwissenschaftler, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Arbeit und Technik an der Fachhochschule Gelsenkirchen und arbeitet dort im Forschungsschwerpunkt Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität.

Dr. Carroll Haak ist Referentin im Geschäftsbereich »Forschung, Entwicklung und Statistik« der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin.

Dr. Josef Hilbert ist Direktor des Forschungsschwerpunktes Gesundheitswirtschaft und Lebensqualität des Instituts Arbeit und Technik an der Fachhochschule Gelsenkirchen.

Prof. Dr. Ernst Kistler ist Direktor am Internationalen Institut für Empirische Sozialökonomie INIFES gGmbH in Stadtbergen bei Augsburg.

- Dr. Till Müller-Schoell* ist Politikwissenschaftler am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung und arbeitet zu sozial- und arbeitsmarktpolitischen Themen. Er ist wissenschaftlicher Redakteur der WSI-Mitteilungen.
- Prof. Dr. Gerhard Naegele* ist Direktor des Institutes für Gerontologie an der Technischen Universität Dortmund und Inhaber des dortigen Lehrstuhls für Soziale Gerontologie.
- Anika Rasner* ist Research Fellow am Max Planck Institut für demografische Forschung und arbeitet als Referentin im Geschäftsbereich »Forschung, Entwicklung und Statistik« der Deutschen Rentenversicherung Bund in Berlin.
- Dr. Urs Peter Ruf*, Soziologe, ist Berater bei der Technologieberatungsstelle NRW e.V. und Leiter des Projekts »Betriebliche Beschäftigungsfähigkeit im demografischen Wandel« (demoBiB).
- Dr. rer. soc. Karin Scharfenorth* ist Sozialwissenschaftlerin und arbeitet als freiberufliche Dozentin und Beraterin.
- Susanne Tatje*, Diplom-Soziologin, ist Leiterin des Projektes »Demographische Entwicklungsplanung« im Dezernat des Oberbürgermeisters der Stadt Bielefeld.
- Dr. Astrid Ziegler* ist Wissenschaftlerin am WSI in der Hans-Böckler-Stiftung und zuständig für Strukturforschung und Strukturpolitik.